

Tunesien: Der Geburtsort des „Arabischen Frühlings“ – Drei Jahre danach



DOI-Kurzanalysen
Ausgabe März 2014

Deutsche Orient-Stiftung/German Orient-Foundation
-Deutsches Orient-Institut/German Orient-Institute-

gegründet / founded by NUMOV 1960

Anna Fleischer

Tunesien: Der Geburtsort des Arabischen Frühlings Drei Jahre danach

"This constitution was the dream of Tunisians. This constitution is proof of the revival of the revolution. This constitution creates a democratic civil nation."
Mustapha Ben Jaafa – Vorsitzender der Verfassungsgebenden Versammlung

I. Einleitung

Drei Jahre nach dem Sturz des tunesischen Präsidenten Zine el-Abidine Ben Ali hat Tunesien nach langem politischem Dialog am 26. Januar 2014 eine neue Verfassung verabschiedet. Dieser Schritt stellt einen Meilenstein auf dem Weg zu einer demokratischeren Zukunft des Landes dar. Die neue Verfassung sucht in der Region ihresgleichen, sowohl in Bezug auf die Gleichstellung der Frau, als auch hinsichtlich politischer und religiöser Freiheiten. Der Transformationsprozess des Landes hat somit eine wichtige Hürde genommen, trotz der Schwierigkeiten der letzten drei Jahre.

Mit dem Beginn des „Arabischen Frühlings“ rückte die Region des Nahen Ostens verstärkt in den Fokus der internationalen Öffentlichkeit. Eine bis dato eher für Kriegs- und Krisenbilder bekannte Region geriet plötzlich aufgrund der gesellschaftlichen Forderungen nach Freiheit und Demokratie gegen autoritative Regimes in das Schlaglicht der Weltöffentlichkeit. Diese Entwicklung ist einerseits positiv zu bewerten, da die Region in der internationalen Berichterstattung lange Zeit unterrepräsentiert war. Andererseits ging mit dem Medienhype jedoch eine undifferenzierte Verallgemeinerung der Ursachen und Umstände der Demonstrationen einher. Begriffe wie „Arabellionen“, der „Arabische Frühling“ und andere wurden inflationär benutzt.

Deshalb ist es von äußerster Wichtigkeit, den Startpunkt dieses Phänomens genau zu untersuchen. Die spezifischen historischen, politischen sowie wirtschaftlichen Entwicklungen in Tunesien aufzuzeigen ist Ziel dieser Analyse, um die einzigartigen Prozesse dieses politischen Umbruchs zu beleuchten. Diese Kurzanalyse legt ihr Augenmerk speziell auf die zeithistorischen Besonder-

heiten der tunesischen Revolution und die daraus resultierenden politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen. In einer weitgehend chronologischen Reihenfolge wird hier diskutiert, welche Umstände zur Revolution führten, wie diese sich abspielte und welche Folgen aus ihr resultieren. Es geht dabei auch vor allem um eine Einschätzung der aktuellen politischen Situation im Land, die im Fazit mit einem kurzen Ausblick ergänzt wird.

II. Auslöser für die Revolution

Tunesien kann auf eine lange Tradition zivilen Protestes gegen Regierungen zurückblicken. 1881 wurde Tunesien zum Protektorat Frankreichs erklärt, allerdings regte sich Widerstand in der Bevölkerung gegen diese oktroyierte Entscheidung. Einer sich zunehmend radikalierenden Protestbewegung gelang es schließlich 1956 unter der Führung Habib Bourguibas, die Unabhängigkeit des Landes zu erlangen. Ein Jahr darauf wurde die Republik ausgerufen, der Bey abgesetzt womit die Herrschaft Frankreichs über das Land endete. Bourguiba wurde erster Staatspräsident der neuen tunesischen Republik. Während seiner Präsidentschaft (1957-1987) wurden zahlreiche soziale und wirtschaftliche Reformen verabschiedet, die den religiösen Einfluss auf das öffentliche Leben stark einschränkten. So wurden einerseits unter anderem ein säkulares Rechtssystem sowie ein für die Region revolutionäres Familienrecht beschlossen, welches Frau und Mann weitgehend gleichstellte. Auf der anderen Seite wurden islamistische Gruppen vom politischen Prozess ausgeschlossen, Koranschulen verstaatlicht und der Kompetenzbereich islamischer Gelehrter eingeschränkt und die Religion somit stark an den Rand gedrängt. In dieser Zeit kristallisierten sich zwei Hauptgruppen der Opposition heraus: die Gewerkschaften und die islamistische Bewegung.² Beide Gruppen spielten im weiteren Verlauf der politischen Umbrüche eine herausragende Rolle und werden im Verlauf dieser Analyse noch eingehend beleuchtet.

¹ Amara, Tarek (2014): Tunisia approves new constitution, appoints government. www.reuters.com.

² Akrach, Samira / von Mende, Tugrul (2011): „Länderbericht Tunesien“. Der Arabische Frühling. Auslöser, Verlauf, Ausblick. Studie des Deutschen Orient-Instituts, Berlin, S. 5-17.

Präsident Bourguiba wurde 1987 nach mehr als 30 Jahren im Amt durch einen unblutigen Putsch unter der Federführung Zine el-Abidine Ben Ali abgelöst. Ben Ali versuchte, die Sympathie der Bevölkerung für sich zu gewinnen, indem er zunächst einen weniger autoritären Regierungsstil pflegte. Er erlaubte die Gründung zahlreicher Parteien, die Amtszeit des Präsidenten wurde auf 15 Jahre limitiert und er entließ Oppositionelle aus den Gefängnissen. Jedoch war diese Lockerung der staatlichen Kontrolle nur von kurzer Dauer. Mit Ausbruch des Bürgerkrieges im benachbarten Algerien im Dezember 1991 als Folge des Wahlsieges der Islamisten wandelte sich Tunesien zum autoritativ-repressiv und mit Polizeigewalt regierten Staat. Oppositionsparteien wurden nur noch zugelassen, wenn sie sich regimetreu zeigten.³

Die wirtschaftlichen Wurzeln der tunesischen Revolution liegen nicht nur in internen, sondern vor allem auch in den außenwirtschaftlichen Beziehungen des Landes. Tunesien erhielt weitreichende Zuwendungen der Europäischen Union (EU), der Weltbank (WB) sowie des Internationalen Währungsfonds (IWF). 1986 – ein Jahr vor Ben Alis Machtantritt – war die wirtschaftliche Situation des Landes so katastrophal, dass internationale Finanzhilfen nötig wurden, um den Staatsbankrott abzuwenden.⁴ Die von den internationalen Finanzinstitutionen geforderten strukturellen Reformen führten dazu, dass Tunesien eine exportorientierte Marktwirtschaft entwickelte. Durch ein Assoziierungsabkommen mit der EU, welches 1995 unterzeichnet wurde, zementierte sich die wirtschaftlich wichtige Rolle der EU für Tunesien. Die Union wurde mit 96% zum Hauptabnehmer aller tunesischen Exporte.⁵

Die wirtschaftliche Leistungsstärke Tunesiens wurde in der internationalen Wahrnehmung besonders im Vergleich zu den anderen nordafrikanischen Staaten als äußerst positiv bewertet. Laut Human Development Index verzeichnete Tunesien den größten Fortschritt

im Nahen und Mittleren Osten zwischen 1980 und 1999.⁶ Diese augenscheinlich vorbildliche Entwicklung täuschte jedoch über die enormen wirtschaftlichen Probleme des Landes hinweg. Während die Indikatoren der internationalen Finanzinstitutionen positive Ergebnisse verzeichneten, stieg die Arbeitslosigkeit, Armut und Korruption weiteten sich aus. Besonders der kleine Kreis, der aus dem Ben Ali Clan bestand und große Mengen Geld anhäuften, umging die staatliche Kontrolle, und trug so nicht zum wirtschaftlichen Wachstum bei. Somit wurden keine neuen Jobs geschaffen oder Investitionen getätigt, obwohl diese Einzelpersonen enormen wirtschaftlichen Erfolg hatten.

„Tunisian compliance with the neoliberal economic agenda was applauded, while rising unemployment and poverty were barely noted. [...] The financial institutions were complicit then: they did not just endorse regimes, they helped to make them what they are.“⁷

Ben Ali verstand es ausgezeichnet, die Flucht nach vorn anzutreten und präsentierte sein wirtschaftlich geschwächtes Land als eine von ihm initiierte regionale Erfolgsgeschichte. Er nahm die strukturellen Reformforderungen der internationalen Geldgeber restlos auf und arbeitete einen auf Tunesien zugeschnittenen Reformplan aus. Auf Grund seiner autoritären Top-Down-Implementierung dieser Reformen und der Unterdrückung jeglichen Widerstandes war Ben Ali augenscheinlich in den ersten zehn Jahren nach seinem Machtantritt äußerst erfolgreich. Ende der 1990er Jahre zeigte sich die wirtschaftliche Lage relativ stabil: Die Neuverschuldung lag bei unter 3% jährlich. Die Inflationsrate lag bei circa 5% pro Jahr, und Auslandsschulden wurden beglichen. Problematisch blieb jedoch der anhaltend hohe Wertschöpfungsanteil des öffentlichen Sektors von 40%. Staatliche Firmen erwirtschafteten circa ein Fünftel des Bruttoinlandsproduktes (BIP) und die Arbeitslosenrate lag bei 15-17%.⁸

³ Ebd.

⁴ Murphy, Emma C. (2013): „Under the Emperor’s Neoliberal Clothes! Why the International Financial Institutions Got it Wrong in Tunisia“. In: The making of the Tunisian Revolution, contexts, architects, prospects. Gana, Nouri, Edinburgh: Edinburgh University Press, S. 35-57.

⁵ Akrach, Samira / von Mende, Tugrul (2011): „Länderbericht Tunesien“. Der Arabische Frühling. Auslöser, Verlauf, Ausblick. Studie des Deutschen Orient-Instituts, Berlin, S. 5-17.

⁶ Ebd.

⁷ Murphy, Emma C. (2013): „Under the Emperor’s Neoliberal Clothes! Why the International Financial Institutions Got it Wrong in Tunisia“. In: The making of the Tunisian Revolution, contexts, architects, prospects. Gana, Nouri (Hrsg.), Edinburgh: Edinburgh University Press: S. 35.

⁸ Ebd.

Die internationalen Finanzinstitutionen verließen sich auf die Statistiken, die die tunesische Regierung zur Verfügung stellte, die jedoch oft im Sinne der Regierung geschönt waren. Die Disparitäten zwischen dem vernachlässigten Binnenland und den florierenden Küstenregionen zum Beispiel wurde durch die makroökonomische Erfassung negiert. Im Jahr 2000 lag der landesweite Anteil der Tunesier, die unter der Armutsgrenze lebten, bei 18,4%. Im Großraum Tunis waren es nur 6,9%, während sich dieser Anteil im mittleren Westen des Landes auf 30,8% belief.⁹ Hinzu kam die Tatsache, dass 87% der Nahrungsmittelpreise unreguliert waren. Die Regierung wollte so erreichen, dass reichere Tunesier nicht Nutznießer von Subventionen werden. Im Ergebnis blieben die Tunesier jedoch abhängig von globalen Nahrungsmittelpreisen, was zu einer verstärkten Unsicherheit in der Nahrungsmittelversorgung führte.¹⁰ Diese Situation wurde jedoch in der internationalen Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Stattdessen galt Tunesien als Land mit der mit 89,5% größten und einflussreichsten Mittelschicht in Afrika, so die African Development Bank. Allerdings gehörten 45,6% der Tunesier der sogenannten floating middle class an, d.h. sie leben von 2 bis 4 US Dollar täglich und können somit besonders durch exogene Einflüsse wie steigende Nahrungsmittel- oder Benzinpreise schnell unter die Armutsgrenze fallen.¹¹

Weit verbreitete Korruption und Vetternwirtschaft in Tunesien stellten eine weitere sozioökonomische Problematik für Gesellschaft und Wirtschaft dar. Ben Alis Familie sowie die Familie seiner Frau Leila Trabelsi besetzten die wichtigsten Positionen in Wirtschaft und Politik. Die quasi-mafiösen Strukturen dieses Familienclans kontrollierten das gesamte Wirtschaftsleben des Landes. Ben Ali verstand es zudem, wichtige Persönlichkeiten mit unterschiedlichen regionalen und politischen Hintergründen an sich zu binden, was ihm auch half, seine Macht nach 1987 auszubauen. Wichtige Familien der Elite

wurden oftmals durch Heirat miteinander verbunden. Somit kristallisierte sich eine kleine Elite aus mächtigen Familien heraus, die der Herrscherfamilie nahe standen oder eben sogar mit ihr verwandt waren.¹² Wirtschaftlich gesehen bedeutete dies eine immense Anhäufung von Einfluss und Wohlstand. Ben Ali, seine Ehefrau und der weitere Familienkreis der beiden kontrollierte mehr als 40% der gesamten tunesischen Wirtschaft. Dass dies in einer Zeit geschah, in der die Arbeitslosigkeit bereits im Landesdurchschnitt auf 13% angestiegen war und in den südlichen Gebieten und im Landesinneren sogar 40% betrug, zeigt das gravierende Wohlstandsgefälle innerhalb der tunesischen Gesellschaft und die überproportionale Ausnahmestellung des inneren Zirkels um Ben Ali.¹³ Die durchschnittliche Bevölkerung ohne Beziehungen zum Clan der Präsidentenfamilie wurde somit stark benachteiligt und hatte keinen oder nur schweren Zugang zu Führungspositionen.

Ben Ali hatte die Verfassung nach seinen anfänglichen Reformbemühungen in den späten 1980er Jahren jedoch so geändert, dass es für den Präsidenten wieder möglich war, wieder gewählt zu werden. Außenpolitisch verfolgte er einen pro-amerikanischen und pro-europäischen Kurs. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in New York und Washington und der damit verbundenen Angst vor islamistischem Terror, sah Ben Ali die Möglichkeit, sich weiter als westlich-geprägter Staatsmann zu präsentieren. Er versicherte, dass er uneingeschränkt die weltweiten Bemühungen zum Kampf gegen den islamistischen Terror unterstützen würde.

„In the wake of 9/11, with its police forces quadrupled since the presidency of Habib Bourguiba [...], Tunisia became an Orwellian police state, a gigantic surveillance camp, and Ben Ali found in the War on Terror and the so-called Islamist (aka terrorist) threat a convenient ruse to recast allegations of

⁹ African Development Bank (Hrsg.) (2011): „The Revolution in Tunisia: Economic Challenges and Prospects“. AFDB Report, Edinburgh: African Development Bank.

¹⁰ Murphy, Emma C. (2013): „Under the Emperor’s Neoliberal Clothes! Why the International Financial Institutions Got it Wrong in Tunisia“. In: The making of the Tunisian Revolution, contexts, architects, prospects. Gana, Nouri (Hrsg.), Edinburgh: Edinburgh University Press, S. 35-57.

¹¹ Ebd.

¹² Akrach, Samira / von Mende, Tugrul (2011): „Länderbericht Tunesien“. Der Arabische Frühling. Auslöser, Verlauf, Ausblick. Studie des Deutschen Orient-Instituts, Berlin, S. 5-17.

¹³ Gana, Nouri (2013): „Introduction: Collaborative Revolutionism“. In: The making of the Tunisian Revolution, contexts, architects, prospects. S. 1-31. Gana, Nouri (Hrsg.), Edinburgh University Press.

human rights violations, along with various abuses of democracy and freedom of speech, as part of the global effort to fight terrorism.”¹⁴

Mit anderen Worten: Die externe, vor allem westliche Bestrebung, islamistische Kräfte einzudämmen und die nationale Sicherheit Tunesiens zu stärken, wurde zur absoluten Priorität und ging auf Kosten jeglicher Forderung nach politischer Veränderung, z.B. nach freien Wahlen oder der Wahrung der Menschenrechte. Diese Logik wurde nicht nur auf Tunesien angewandt, sondern unter anderem auch auf Ägypten. Das Sicherheitsdenken der westlichen Staaten wurde politischen Reformen in den Maghreb Ländern vorgezogen.

III. Verlauf der Revolution und Sturz Ben Alis

Als Auslöser für die landesweiten Proteste wird die Selbstverbrennung Muhammad Bouazizis aus Sidi Bouzid, dem wirtschaftlichen vernachlässigten Landesinneren, gesehen. Er war ein junger Gemüseverkäufer, der nicht zur Schule gehen konnte, da er seine Familie finanziell unterstützen musste. Nachdem sein Karren konfisziert und er selbst von Polizisten schikaniert worden war, wollte sich Bouazizi beim Gouverneur über seine Behandlung beschweren, woraufhin dieser sich weigerte, ihn zu empfangen. Muhammad Bouazizis steckte sich daraufhin am 17. Dezember 2010 auf dem Platz vor dem regionalen Verwaltungsgebäude selbst in Brand.¹⁵ Als Folge von Bouazizis Selbstverbrennung versammelten sich Demonstranten regelmäßig vor den Gebäuden der regionalen Regierung von Sidi Bouzid. Auch wenn Selbstverbrennungen aus politischem Protest bereits vor dem Fanal von Bouazizi stattgefunden hatten, bewirkte erst dessen Suizid eine landesweite Mobilisierung gegen das Regime.

Dennoch sollte nicht vernachlässigt werden, dass es sich keineswegs um einen spontanen und unvorbereiteten Protest gehandelt hatte, sondern Tunesien immer wieder von Sozialprotesten erschüttert worden war. Zum Beispiel fanden bereits 1984 sogenannte

Brotunruhen statt, die in Folge des plötzlichen Anstieges der Preise für Getreide ausbrachen. Auch deswegen versuchte Ben Ali nach seiner Machtübernahme, öffentliche Räume zu kooptieren, potenzielle Protestquellen zu unterdrücken und eine zu Beginn erfolgreiche Patronagepolitik zu führen. Er nutzte öffentliche Plätze wie Moscheen oder Fußballstadien, um seine Propaganda zu verbreiten. Die Selbstverbrennung Bouazizis an einem so öffentlichen Ort war also umso symbolträchtiger, indem er damit zeigte, dass öffentliche Räume nicht dem Regime, sondern der Bevölkerung gehören sollten.

Erst im Sommer 2010 hatte die tunesische Bereitschaftspolizei Proteste von Bauern brutal niedergeschlagen, die gegen die Nationale Landwirtschaftsbank demonstriert hatten. Der Akt der Selbstverbrennung riss also kaum verheilte Wunden wieder auf und weckte nicht nur neue, sondern auch alte Begehrlichkeiten nach politischer Veränderung in der Bevölkerung.¹⁶ Man kann deshalb von einer Kulmination der Proteste im Land sprechen, die 2011 endlich das Momentum erreichten, um sich zu einer nationalen Bewegung zu entwickeln.

In den Tagen nach der Selbstverbrennung Bouazizis wurden Twitter, Facebook und andere Plattformen im Internet stark von der jungen Generation genutzt, um sich untereinander zu vernetzen. Gleichzeitig wurde der Protest so weltweit sichtbar. Besonders bei *YouTube* wurden Live-Videos der Demonstrationen hochgeladen, die zu einer weiteren Politisierung der tunesischen Jugend beitrugen.¹⁷ Schnell war in den Medien die Rede von einer Revolution in sozialen Netzwerken, jedoch vernachlässigt dieser Ansatz viele weitere wichtige Faktoren, die zu der Dynamik der Revolution beitrugen. Sicherlich war die schnelle und leichte Kommunikation ein Vorteil für die Demonstranten, die Proteste fanden jedoch auf der Straße und unter Angst um die eigene körperliche Unversehrtheit statt.

Ein weiterer wichtiger Faktor für den Auftrieb der „Revolution für die Würde“, wie sie von den Demonstranten genannt wurde, war der

¹⁴ Ebd., S. 5

¹⁵ Ebd.

¹⁶ Ebd.

¹⁷ Preysing, Domenica (2013): Tunesien: Vorreiter des Aufbruchs, Vorbild des Wandels? In: Araberebellions. Zur Vielfalt von Protest und Revolte im Nahen Osten und Nordafrika. Jünemann, Annette / Zorob, Anja (Hrsg.), Wiesbaden: Springer VS, S. 43-65.

Gewerkschaftsverband Union Générale Tunesienne du Travail (UGTT), der mit seinen lokalen und regionalen Gruppen viele Demonstranten mobilisieren konnte.¹⁸ Der Verband verfügt über eine lange Tradition der politischen Opposition und schuf innerhalb seiner Strukturen die Möglichkeit für politische Auseinandersetzung der Mitglieder. Die Gewerkschaft schuf zu Beginn der Proteste eine Struktur für Demonstranten, um sich weiter für gemeinsame Aktionen zu koordinieren, besonders in der Mitte des Landes. Trotz der Kooptation der UGTT durch Ben Ali in den Jahrzehnten seiner Amtszeit, waren immer wieder Streiks und Demonstrationen durchgeführt worden. Diese Dynamik wurde verstärkt, als sich weitere Tunesier anschlossen.¹⁹

Bouazizi erlag am 4. Januar 2011 seinen Verletzungen, zuvor hatte Ben Ali ihn am Krankenbett besucht, was keine positiven Reaktionen, sondern noch größere Verärgerung in der Bevölkerung ausgelöst hatte. Zunächst versuchte das Regime mit Verhaftungen und gewaltsamem Vorgehen den Demonstrationen beizukommen. Ausgangssperren wurden verhängt und Schulen sowie Universitäten vorübergehend geschlossen.²⁰ All diese Maßnahmen stachelten die Wut der Demonstranten aber eher an, als dass sie deeskalierend gewirkt hätten.

Als die Proteste schließlich die Hauptstadt Tunis erreichten, hielt Ben Ali am 10. Januar 2011 eine Fernsehansprache, um die Bevölkerung zu beruhigen. Er versprach Reformen, die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die stärkere Subvention von Lebensmitteln. Allerdings ging es den Demonstranten zu diesem Zeitpunkt schon nicht mehr um inhaltliche Forderungen, sondern ihr Protest hatte mittlerweile das klare Ziel erreicht, Ben Ali abzusetzen. Auch ein Versprechen, die Regierung aufzulösen, konnte die Situation nicht beruhigen und so flüchtete Ben Ali am 14. Januar 2011 ins saudi-arabische Exil. Es lagen also lediglich

vier Wochen zwischen der Selbstverbrennung Bouazizis und dem Sturz des Regimes.²¹

Die tunesische Revolution war somit im Vergleich zu anderen Ländern relativ kurz und forderte weniger Opfer als anderswo. 300 Menschen wurden bei den Protesten getötet und 700 verletzt. Die Tatsache, dass Ben Ali so zügig sein Amt verließ, kann vor allem damit begründet werden, dass er und sein Familienclan sich derart wirtschaftlich und politisch isoliert hatten, dass wichtige Persönlichkeiten sich schnell abwenden konnten.

„Was einst ein Einparteienstaat war, von dem eine breite Elite profitierte, war zur privaten Schatulle der Präsidentenfamilie degeneriert.“²²

Zusätzlich versagte ihm das Militär, welches Ben Ali seit Jahren mit Misstrauen gestraft hatte, schnell jegliche Unterstützung. Er versuchte also sich, seine Familie und möglichst viel Vermögen mit ins Exil zu retten.

IV. Veränderungen seit der Revolution

IV.1 Politische Veränderungen

Als Präsident der Übergangsregierung wurde der ehemalige Bürgermeister von Tunis und Karthago, Fouad Mebazza, eingesetzt. Seine Aufgabe bestand laut Verfassung darin, innerhalb der nächsten 60 Tage eine Präsidentschaftswahl durchzuführen. Im Februar 2011 wurde die alte Partei Ben Alis aufgelöst und sämtliche Büros geschlossen, nachdem prominente Führungsfiguren ausgetreten waren. Nach andauernden Protesten wurde die Verfassung aus dem Jahr 1959 außer Kraft gesetzt. Es wurden Wahlen für eine verfassungsgebende Versammlung abgehalten, die zunächst im Juli 2011 stattfinden sollten, dann jedoch um drei Monate verschoben wurden.²³

Die Demonstrationen ebten nach dem Sturz Ben Alis jedoch nicht ab. Auf der Hauptstraße

¹⁸ Ebd.

¹⁹ Zemni, Sami (2013): "From Socio-Economic Protest to National Revolt: The Labor Origins of the Tunisian Revolution". In: The making of the Tunisian Revolution, contexts, architects, prospects. Gana, Nouri (Hrsg.), Edinburgh: Edinburgh University Press, S. 127-146.

²⁰ Akrach, Samira / von Mende, Tugrul (2011): „Länderbericht Tunesien“. Der Arabische Frühling. Auslöser, Verlauf, Ausblick. Studie des Deutschen Orient-Instituts, Berlin, S. 5-17.

²¹ Ebd.

²² Preysing, Domenica (2013): Tunesien: Vorreiter des Aufbruchs, Vorbild des Wandels?. In: Araberebellions. Zur Vielfalt von Protest und Revolte im Nahen Osten und Nordafrika. Jünemann, Annette / Zorob, Anja (Hrsg.), Edinburgh: Springer VS, S. 43-65.

²³ Akrach, Samira / von Mende, Tugrul (2011): „Länderbericht Tunesien“. Der Arabische Frühling. Auslöser, Verlauf, Ausblick. Studie des Deutschen Orient-Instituts, Berlin, S. 5-17.

Verteilung der Sitze bei der Wahl zur verfassungsgebenden Versammlung

Partei / Liste	Anteil der Stimmen	Zahl der Sitze	Anteil der Sitze
En-Nahda	37,04%	89	41,01%
Kongress für die Republik (CPR)	8,71%	29	13,36%
Volkspetition für Freiheit, Gerechtigkeit und Entwicklung (Aridha Chaabia)	6,74%	26	11,98%
Demokratische Forum für Arbeit und Freiheit (Ettakatol)	7,03%	20	9,22%
Demokratische Fortschrittspartei (PDP)	3,94%	16	7,37%
Almoubadara	3,19%	5	2,31%
Demokratische Modernistische Block	2,79%	5	2,31%
Afek Tounes	1,89%	4	1,84%
Kommunistische Arbeiterpartei Tunesiens	1,57%	3	1,38%
Andere	27,10%	20	9,22%

Quelle: National Democratic Institute: Final Report on the Tunisian Constituent Assembly Elections, 2011.

von Tunis, der Avenue Habib Bourguiba, gab es immer wieder Proteste. Die erste große Demonstration nach der Bildung der Übergangsregierung fand in Form eines Sit-Ins statt und dauerte vom 23.-28. Januar 2011. Dieser Protest erzielte die Umformierung des Kabinetts, bevor er gewaltsam durch die Polizei beendet wurde. Die kontinuierlichen Proteste sollten sicherstellen, dass zum Beispiel die Wahlen für die verfassungsgebende Versammlung stattfanden.

Bei den Wahlen am 23. Oktober 2011 wurden dann vor allem Parteien und Persönlichkeiten gewählt, die bereits eine politische Vergangenheit als Oppositionsanhänger unter Ben Ali hatten. Dies erklärt auch, warum die islamistische Partei En-Nahda, die bereits seit der frühen 1980er Jahre gegen das Regime Stellung bezog – damals noch unter Führung Bourguibas und später Ben Ali –, so erfolgreich abschnitt.²⁴

Nach den Wahlen formte die En-Nahda-Partei mit der CPR-Partei, die die zweitstärkste Kraft war, sowie mit der Ettakatol-Partei eine Koalition, die auch als „Troika“ bezeichnet wurde.²⁵ Ettakatol und CPR sind säkulare Mitte-Links-Parteien. Erstere wurde 1994 gegründet, aber erst 2001 rechtlich anerkannt. Eines der größten Ziele dieser Partei ist Bekämpfung von Korruption und die Steigerung der Transparenz im politischen Prozess, weswegen sie auch ihre Finanzen öffentlich zugänglich gemacht hat. Die CPR Partei wurde 2001 gegründet und im Jahr darauf gleich wieder verboten. Sie setzen sich besonders für bürgerliche Freiheiten ein und wurden lange Zeit aus dem Exil in Frankreich gesteuert.²⁶ Die ersten freien Wahlen nach Jahrzehnten der Wahlmanipulation setzten somit eine konservativ-religiöse Regierung an die Spitze des Landes. Dies schürte Ängste in den westlichen und liberalen tunesischen Medien, dass die Revolution der jungen und liberalen Kräfte im

²⁴ Gana, Nouri (2013): „Introduction: Collaborative Revolutionism“. In: The making of the Tunisian Revolution, contexts, architects, prospects. Gana, Nouri (Hrsg.), Edinburgh: Edinburgh University Press, S. 1-31.

²⁵ Ebd.

²⁶ Bollier, Sam (2011): „Who are Tunisia's Political Parties?“. Aljazeera.com

Land von islamistischen Gruppen gekapert würde. Die als übermächtig angesehenen Islamisten jedoch entpuppten sich als nicht konsensfähige Führung innerhalb der Koalition.

Seit Beginn ihrer Regierungszeit hatte die Troika große Probleme, nicht nur wegen ihrer Unerfahrenheit, sondern auch, weil sie keine Alternativen für das neoliberale Wirtschaftssystem finden konnte, welches sie vom vorherigen Regime geerbt hatte. Außerdem fiel es den Parteien schwer, aus ihrer Defensivhaltung, die sie unweigerlich während der Oppositionszeit einnehmen mussten, in eine konstruktive Regierungsarbeit überzugehen. Die Versprechen der Revolution konnten sie nicht einlösen und somit wuchs der Unmut in der Bevölkerung. Es gab immer wieder Anschuldigungen besonders gegen En-Nahda wegen doppelzüngigen Aussagen und einer angeblichen Vereinnahmung durch salafistische Kräfte.²⁷ Die Angst in der tunesischen Bevölkerung vor einer Islamisierung ihres Landes stieg und zeigte auch, dass der Wahlsieg der En-Nahda-Partei nicht bedeutete, dass ein Großteil der Bevölkerung islamistische Ansichten vertrat.

Auch hier war die Medienberichterstattung oft zu ungenau, wenn die Rede von einer Islamisierung der Region war, und regionale Unterschiede einfach ignoriert wurden. In einer Umfrage, die Ende 2013 in sechs Staaten der Region durchgeführt wurde, gaben 72% der Tunesier an, dass Religion und Politik nicht vermischt werden sollten.²⁸ Solche säkularen Präferenzen in Tunesien hätten einen Hinweis darauf geben können, dass es sich hier nicht um eine schleichende Islamisierung des Landes handelte, sondern dass En-Nahda auf Grund ihrer Position als lange Zeit unterdrückte oppositionelle Gruppierung gegen Ben Ali gewählt wurde.

Die Ermordungen zweier Oppositionsführer, Chokri Belaid im Februar und Mohamed Brahmi im Juli 2013, war für die Troika-

Regierung der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte.²⁹ Die Täter wurden in extremistisch-islamistischen Kreisen vermutet und En-Nahda wurde vorgeworfen, das Land nicht effektiv vor solchen Gruppierungen schützen zu können. Wenige Wochen nach der zweiten Ermordung brachen erneute Proteste aus, die den Rücktritt der Regierung forderten.

In einem Nationalen Dialog zwischen der Troika und der Opposition unter Moderation der UGTT wurde beschlossen, dass die Regierung zurücktreten und an ihrer Stelle eine Technokratenregierung eingesetzt werden solle. Es wurde auch beschlossen, die Verfassung zu finalisieren und ein Referendum durchzuführen. Außerdem wurden Neuwahlen für das Parlament und für das Präsidentenamt geplant. Der weitgehend gewaltfreie Übergang zwischen Regierungen kann als Errungenschaft des Transformationsprozesses betrachtet werden, da durch Verhandlungen eine Einigung erreicht wurde, die etwas Stabilität in den politischen Prozess brachte.³⁰ Der Konflikt zwischen der UGTT und der En-Nahda-Partei, die sich in Tunesien nach Ben Ali als mächtige Gegner gegenüberstehen, wird sicherlich in den kommenden Jahren ausschlaggebend für den Erfolg oder Misserfolg des Transformationsprozesses sein. Die UGTT ist seit der Revolution stärker politisiert worden und so verändern sich auch ihre Forderungen und politischen Machtansprüche.³¹ En-Nahda konnte als Partei nicht das halten, was sie vor den Wahlen versprochen hatte und wurde dafür von der Bevölkerung abgestraft. Anders als in Ägypten jedoch wurde eine politische Einigung ohne äußeres Eingreifen durch das Militär oder andere Akteure erreicht. Die Kleinhaltung der tunesischen Armee war Teil von Ben Alis Strategie zur Macht-sicherung, da er befürchtete, das Militär könne eine zu bedeutende Rolle einnehmen. Dies war einer der Gründe dafür, dass der politische Konflikt ohne militärische Einmischung blieb.

²⁷ Gana, Nouri (2013): „Introduction: Collaborative Revolutionism“. In: *The making of the Tunisian Revolution, contexts, architects, prospects*. Gana, Nouri (Hrsg.), Edinburgh: Edinburgh University Press, S. 1-31.

²⁸ Moaddel, Mansoor (2013): *The Birthplace of the Arab Spring: Values and Perceptions of Tunisians and A Comparative Assessment of Egyptian, Iraqi, Lebanese, Pakistani, Saudi, Tunisian, and Turkish Publics*. University of Maryland.

²⁹ Sydow, Christoph (2013): „Mord and Chokri Belaid: Vier Kugeln gegen Tunesiens Demokratie“. *Alsharq.de*.

³⁰ Biygautane, Mhamed (2013): „Tunisia: Will the birthplace of the Arab Spring be its deathbed?“ *Al Arabiya News*.

³¹ Zemni, Sami (2013): „From Socio-Economic Protest to National Revolt: The Labor Origins of the Tunisian Revolution“. In: *The making of the Tunisian Revolution, contexts, architects, prospects*. Gana, Nouri (Hrsg.), Edinburgh University Press, S. 127-146.

„Tunisia is headed in the right direction, creating a model of democracy in the Arab world.“³²

Jedoch ist es wichtig, En-Nahda anzurechnen, dass sie sich im Prozess der Konsensbildung als moderate Kraft herausgestellt hat. Erstens bekämpft die Partei offen die radikalen Kräfte ihrer Strömung. Die Salafisten, insbesondere die Anhänger der Ansar al-Shari'a, werden immer mehr von den moderateren Islamisten der En-Nahda-Partei an den politischen Rand gedrängt. Die Gruppierung wurde von der Regierung verboten, da sie für die politischen Anschläge auf Belaid und Brahmi verantwortlich gemacht wurde. Dieser Schritt sollte vor allem der Bevölkerung signalisieren, dass es sich nicht um die Radikalen handelt, die die Politik des Landes bestimmen.³³ Zweitens ist En-Nahda die erste islamistische Partei der Welt, die zugestimmt hat, jeglichen Bezug zur Shari'a aus der Verfassung zu entfernen. Dieser Kompromiss mit der Opposition, die immer wieder genau die Religiosität der Partei zum Anlass für Misstrauen genommen hatte, ist einzigartig.³⁴ Mögliche Gründe für die Mäßigung der Partei sind die Entwicklungen in den Nachbarländern: Besonders die Absetzung Mohamed Mursi und das Verbot der Muslimbruderschaft in Ägypten ließen die En-Nahda-Elite vorsichtiger und diplomatischer in den politischen Prozess einsteigen.³⁵

Drei Jahre nach dem Sturz Ben Alis wurde am 26. Januar 2014 in Tunesien eine neue Verfassung verabschiedet. Der lange und zähe Verhandlungsprozess der Regierung und der Opposition führte somit zu einer Kompromisslösung. Kurz zuvor hat der tunesische Ministerpräsident Ali Larayedh sein Amt auf Druck der Opposition niedergelegt. Der Präsident Moncef Marzouki wird sein Amt ebenfalls abgeben. Laut des Kompromisses der politischen Akteure wird nun eine Regierung aus Technokraten eingesetzt, die eine Neuwahl vorbereiten soll.³⁶ An der Spitze dieser Regierung steht Mehdi

Jomaâ, der jetzige Industrieminister des Landes. Er ist parteilos und mit seinen 51 Jahren einer der jüngsten Politiker Tunesiens. Ein weiterer Grund für Mehdi Jomaâs Nominierung ist seine Nähe zur Industrie, die ihn laut Einschätzung der Regierung befähigt, die wirtschaftlichen Probleme des Landes anzugehen.³⁷

Positive Entwicklungen seit dem Sturz Ben Alis sind in der allgemeinen Perzeption der Bevölkerung zu verzeichnen, da die Mehrheit Tunesien heute für ein besseres Land hält als vor der Revolution. Außerdem gingen laut Umfragen sowohl unrechtmäßige Verhaftungen als auch die Korruption zurück. Eine weitere positive Entwicklung ist die Tatsache, dass immer mehr Menschen sich zivilgesellschaftlich engagieren.³⁸ Dies gilt besonders für Frauen, da sie sich nun verstärkt in Vereinen und anderen Gruppen organisieren. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen sind ca. 25% der Tunesierinnen in sogenannten Associations aktiv. Die Ziele, für die sie sich dabei einsetzen, sind Frauenrechte und Gleichberechtigung. Auch die Zahl der weiblichen Studierenden ist gestiegen, mittlerweile sind mehr als die Hälfte aller Studierenden Frauen. Oft ist das Engagement in Associations allerdings nur eine Alternative zur Arbeitslosigkeit nach dem Abschluss. Viele hoffen auf eine Anstellung entweder bei den Organisationen selbst oder eine Steigerung ihrer Chancen auf dem Arbeitsmarkt durch die so erworbene Zusatzqualifikation.³⁹

IV.2 Wirtschaftliche Veränderungen

Die ökonomischen Folgen der Revolution sind schwerwiegend. Der für das Landeseinkommen wichtige Tourismussektor brach 2011 fast komplett zusammen. In der Regel werden in diesem Sektor jährlich 400.000 Stellen und 2,5 Mrd. US-Dollar Umsatz generiert, was 6% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) entspricht. Auch die unstete Situation in Nachbarländern wie Libyen trug dazu bei, dass viele Touristen Tunesien mieden.

³² Biygautane, Mhamed (2013): „Tunisia: Will the birthplace of the Arab Spring be its deathbed?“ *Al Arabiya News*.

³³ Torelli, Stefano M. (2013): „Tunisia: A New Prime Minister for Old Politics?“ *Jadaliyya*.

³⁴ Feldman, Noah (2014): „Tunisia, Feminist Paradise?“ *Bloomberg*.

³⁵ Werenfels, Isabelle (2014): „Tunesiens Demokratisierung: Lernen aus den Katastrophen der Anderen“. SWP Stiftung für Wissenschaft und Politik.

³⁶ Ebd.

³⁷ Torelli, Stefano M. (2013): „Tunisia: A New Prime Minister for Old Politics?“ *Jadaliyya*.

³⁸ Moaddel, Mansoor (2013): *The Birthplace of the Arab Spring: Values and Perceptions of Tunisians and A Comparative Assessment of Egyptian, Iraqi, Lebanese, Pakistani, Saudi, Tunisian, and Turkish Publics*. University of Maryland.

³⁹ Windisch, Sarah (2014): „Tunesiens Frauen nach der Revolution: ‚Frauen gehen in Associations, Männer ins Café‘“. Alsharq.de.

Allerdings kamen vor dem Sturz des Regimes auch zahlreiche libysche Touristen nach Tunesien. Mit dem Sturz Muammar al-Gaddafis jedoch waren es nun vor allem Flüchtlinge, die aus dem Nachbarland ins Land drängten. Die wenigen Touristen, die überhaupt kamen, gingen kaum aus den Hotels und so verbuchten auch die vom Tourismus abhängigen Gewerbe Einkommenseinbußen.⁴⁰

Die Arbeitslosenquote ist seit der Revolution von 14% auf 19% gestiegen, das Wirtschaftswachstum 2012 um bis zu 5% gesunken.⁴¹ Die tunesische Verbraucher-schutzorganisation meldet, dass die Kaufkraft privater mittelständiger Haushalte 2012 um 10,6% gefallen ist. Begründet sieht sie diese Entwicklung vor allem in der steigenden Inflation, welche im März 2013 6,5% betrug, sowie in der gestiegenen Arbeitslosigkeit. Dies hat auch zur Folge, dass die sogenannte floating middle class wächst und somit immer mehr Tunesier Gefahr laufen, unter die Armutsgrenze zu rutschen, was für den tunesischen Markt katastrophale Auswirkungen hätte, da dieser stark von Binnennachfrage und privatem Konsum abhängig ist, was vor allem durch die aktuellen Schwierigkeiten des Tourismussektors noch verstärkt wird.⁴²

Die Jugendarbeitslosigkeit in Tunesien war vor allem deshalb so frappierend, weil in den Jahrzehnten vor der Revolution, in erster Linie in höhere Bildung für eine sehr große junge Bevölkerung investiert wurde, gleichzeitig aber keine neuen Jobs geschaffen wurden. Dies hatte zur Folge, dass gut ausgebildete junge Tunesier von den Universitäten direkt in die Arbeitslosigkeit abglitten. 2010 waren 47,1% der Absolventen mit einem Abschluss in Wirtschaft, Jura oder Management ohne Arbeit, 43,2% mit Abschluss in Sozialwissenschaften und immer noch 24,5% der Ingenieure.⁴³

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, denen sich das neue Tunesien gegenüber sieht, sind fundamental. In einer Umfrage von 2013 gab

eine Mehrheit der Tunesier an, dass sich die Unterschiede zwischen Arm und Reich seit der Revolution verschärft hätten. Dies gilt vor allem auch für den regionalen Unterschied, der sich zwischen Küstenregionen und dem Landesinneren abzeichnet.⁴⁴ So steht die neue Regierung vor einer Mammutaufgabe, die Infrastruktur in den benachteiligten Gebieten auszubauen, Bildung zu fördern und die Schaffung von Arbeitsplätzen sicherzustellen. Aber nur durch ein Gleichgewicht der Regionen und Sicherung der Mittelschicht können erneute Unruhen und die damit verbundene Instabilität verhindert werden.

In einer letzten wichtigen Amtshandlung hat der ehemalige Premierminister Ali Laarayedh Mitte Januar 2013 eine Steuererhöhung für KfZ-Zulassungen außer Kraft gesetzt. Diese hätte ab 2014 gültig werden sollen. Nach tagelangen gewaltsamen Demonstrationen, vor allem im Landesinneren, die drohten auf Tunis überzugreifen, entschloss Laarayedh sich zu diesem Schritt. Der Haushalt für 2014 war zuletzt Fokus vieler Proteste der Bevölkerung, da Subventionen auf Nahrungsmittel gekürzt und Steuern angehoben werden sollen. Diese Maßnahme ist Teil der Bedingungen des IWF, der Hilfe in Höhe von 1,74 Mrd. US-Dollar zugesagt hat, sollte Tunesien die Anforderungen der Geldgeber erfüllen. Es kam bereits zu einem Aufschub bei den Zahlungen, da der IWF die Umsetzung der Reformen für zu langsam hielt.⁴⁵

Die grobe Fehleinschätzung von Seiten der internationalen Finanzinstitutionen lag an der Tatsache, dass nur makroökonomische Indikatoren zur Messung des Reformersfolges angelegt wurden. Diese stellten jedoch die Disparitäten innerhalb der tunesischen Gesellschaft verzerrt dar. Außerdem wurde Tunesien stets im regionalen Vergleich bewertet, lediglich auf Grund seiner geografischen Lage, und nicht mit Ländern, die ein ähnliches Wirtschaftswachstum verzeichneten wie z.B. Peru oder Thailand. Zusätzlich war die Diskussion über Reform-

⁴⁰ Akrach, Samira / von Mende, Tugrul (2011): „Länderbericht Tunesien“. Der Arabische Frühling. Auslöser, Verlauf, Ausblick. Studie des Deutschen Orient-Instituts, Berlin, S. 5-17.

⁴¹ Ebd.

⁴² Pfannkuch, Katharina (2013): „Tunisia's Economy Crisis – The Decline of the Middle Class“. Qantara.de.

⁴³ African Development Bank (Hrsg.) (2011): „The Revolution in Tunisia: Economic Challenges and Prospects“. *AFDB Report*, African Development Bank.

⁴⁴ Moaddel, Mansoor (2013): *The Birthplace of the Arab Spring: Values and Perceptions of Tunisians and A Comparative Assessment of Egyptian, Iraqi, Lebanese, Pakistani, Saudi, Tunisian, and Turkish Publics*. University of Maryland (Press).

⁴⁵ Joyce, Robert / Asma Smadhi (2014): „Tunisia's Arab Spring: Three Years on“. Aljazeera.com.

erfolge von der Sicherheitsfrage dominiert. Die internationalen Akteure akzeptierten die Behauptung des Ben Ali-Regimes, dass der wirtschaftliche Entwicklungsprozess vor destabilisierenden Faktoren, wie z.B. den Islamisten, geschützt werden müsse. Somit wurden die längerfristigen Ziele der Strukturreformen, wie die Dezentralisierung der Macht, die Schaffung von Transparenz und die Verantwortlichkeit der Regierung, dem kurzfristigen Ziel der wirtschaftlichen Entwicklung geopfert.⁴⁶ Die internationalen Finanzinstitutionen und die Länder, die hinter ihnen stehen, zogen es vor, mit einem stabilen, wohlhabenden Tunesien zu verhandeln, anstatt die Bedürfnisse der Bevölkerung auf lange Sicht zu berücksichtigen.

Es bleibt offen, ob die Probleme bei der Bewertung des wirtschaftlichen Erfolges der neo-liberalen Strukturmaßnahmen der internationalen Finanzinstitutionen gelöst werden können und ob somit ein realistischeres Bild der tunesischen Wirtschaft gezeichnet werden kann. Der ehemalige Direktor des IWF, Dominique Strauss-Kahn, sagte im April 2011, dass seine Organisation künftig ihr Augenmerk nicht allein auf makroökonomische Faktoren, sondern vor allem auch auf Einkommensverteilung und Arbeitslosigkeit legen wolle. Fraglich ist, ob diese Maßnahme weit genug geht, da monetäre Unterstützung für nicht-demokratische Regime oft Strukturen stärkt, die gegensätzlich zu den Zielen der Institutionen sind.⁴⁷

„In the end, the IFIs [International Financial Institutions] stood by while their own neoliberal projects were converted

into cash generators for the corrupt regime and Family elites.“⁴⁸

V. Fazit

Tunesien hat eine tiefgreifende politische Veränderung hinter sich, die sich vielfältig manifestiert. Wieder ist es hier der regionale Vergleich, der Tunesien als Vorreiter der politischen bzw. ökonomischen Entwicklungen darstellt.

„Compared to the coup and ongoing crackdown in Egypt, the horrific civil war in Syria, and suppression in Bahrain, Tunisia’s revolution stands out among ‘Arab Spring’ countries thus far for having survived.“⁴⁹

Diese Darstellung steht im krassen Widerspruch zu den Herausforderungen, denen sich die Bevölkerung gegenüber sieht.

Die Transformation ist drei Jahre nach dem Sturz Ben Alis bei Weitem nicht abgeschlossen. Mit dem Beschluss der Verfassung ist zwar ein weiterer Meilenstein erreicht, jedoch sind es vor allem die wirtschaftlichen Probleme, die es zu lösen gilt. Das Gelingen der Transformation wird vor allem davon abhängen, ob wirtschaftliche Reformen erfolgreich sind. Die Armut und Arbeitslosigkeit sind die wichtigsten Probleme der (jungen) Bevölkerung. Zusätzlich sind auch die politischen Herausforderungen vielfältig. Die Förderung und Konsolidierung demokratischer Strukturen sowie die Bekämpfung der Korruption sollten für die neue Regierung eine Priorität darstellen um die Bevölkerung konstruktiv in das neue Tunesien einzubinden.

⁴⁶ Murphy, Emma C. (2013): „Under the Emperor’s Neoliberal Clothes! Why the International Financial Institutions Got it Wrong in Tunisia“. In: The making of the Tunisian Revolution, contexts, architects, prospects. Gana, Nouri (Hrsg.), Edinburgh: Edinburgh University Press, S. 35-57.

⁴⁷ Die Frage, inwieweit es die Aufgabe solcher Institutionen ist, politische Forderungen zum Beispiel nach mehr Demokratie an ihre Gelder zu knüpfen, geht über den Rahmen dieser Analyse hinaus, stellt aber eine interessante Fragestellung dar.

⁴⁸ Murphy, Emma C. (2013): „Under the Emperor’s Neoliberal Clothes! Why the International Financial Institutions Got it Wrong in Tunisia“. In: The making of the Tunisian Revolution, contexts, architects, prospects. Gana, Nouri (Hrsg.), Edinburgh: Edinburgh University Press, S: 52.

⁴⁹ Joyce, Robert / Asma Smadhi (2014): „Tunisia’s Arab Spring: Three Years on“. Aljazeera.com.

VI. Bibliografie

- AFRICAN DEVELOPMENT BANK (Hrsg.) (2011): „The Revolution in Tunisia: Economic Challenges and Prospects“. *AFDB Report*, African Development Bank. http://www.afdb.org/fileadmin/uploads/afdb/Documents/Publications/North%20Africa%20Quarterly%20Analytical%20Anglais%20ok_North%20Africa%20Quarterly%20Analytical.pdf (01.03.2014)
- AKRACH, SAMIRA / VON MENDE, TUGRUL (2011): „Länderbericht Tunesien“. *Der Arabische Frühling*. Auslöser, Verlauf, Ausblick. Studie des Deutschen Orient-Instituts, S. 5-17.
- AMARA, TAREK (2014): Tunisia approves new constitution, appoints government. [www.reuters.com](http://www.reuters.com/article/2014/01/27/us-tunisia-politics-idUSBREA0P0P220140127) <http://www.reuters.com/article/2014/01/27/us-tunisia-politics-idUSBREA0P0P220140127> (26.01.2014).
- ALIRIZA, FADIL (2013): „Tunisia and the ‘Arab Spring’ Reversal“. *Jadaliyya*. <http://www.jadaliyya.com/pages/index/13212/tunisia-and-the-arab-spring-reversal> (12.12.2013).
- BIYGAUTANE, MHAMED (2013): „Tunisia: Will the birthplace of the Arab Spring be its deathbed?“ *Al Arabiya News*. <http://www.english.alarabiya.net/en/perspective/analysis/2013/10/08/Tunisia-Will-the-birthplace-of-the-Arab-Spring-be-its-deathbed-.html> (13.12.2013)
- BOLLIER, SAM (2011): „Who are Tunisia’s Political Parties?“ *Aljazeera*. <http://www.aljazeera.com/indepth/features/2011/10/201110614579390256.html> (05.03.2014).
- FELDMAN, NOAH (2014): „Tunisia, Feminist Paradise?“ *Bloomberg*. <http://www.bloomberg.com/news/2014-01-09/tunisia-feminist-paradise-.html> (17.01.2014).
- GANNA, NOURI (2013): „Introduction: Collaborative Revolutionism“. In: *The making of the Tunisian Revolution, contexts, architects, prospects*. Ganna, Nouri (Hrsg.), Edinburgh: Edinburgh University Press, S. 1-31.
- JOYCE, ROBERT / ASMA SMADHI (2014): „Tunisia’s Arab Spring: Three Years on“. *Aljazeera*. <http://www.aljazeera.com/indepth/features/2014/01/tunisia-arab-spring-three-years-20141146353728616.html> (14.01.2014).
- MERONE, FABIO (2013): „Tunisia and the divided Arab Spring“. *openDemocracy*. <http://www.opendemocracy.net/print/74658> (13.12.2013).
- MOADDEL, MANSOOR (2013): *The Birthplace of the Arab Spring: Values and Perceptions of Tunisians and A Comparative Assessment of Egyptian, Iraqi, Lebanese, Pakistani, Saudi, Tunisian, and Turkish Publics*. University of Maryland.
- MURPHY, EMMA C. (2013): „Under the Emperor’s Neoliberal Clothes! Why the International Financial Institutions Got it Wrong in Tunisia“. In: *The making of the Tunisian Revolution, contexts, architects, prospects*. Ganna, Nouri (Hrsg.), Edinburgh : Edinburgh University Press, S. 35-57.
- NATIONAL DEMOCRATIC INSTITUTE (2011): „Final Report on the Tunisian National Constituent Assembly Elections“, 23. Oktober 2011, Washington D.C.
- PFANKUCH, KATHARINA (2013): „Tunisia’s Economy Crisis – The Decline of the Middle Class“. *Qantara.de*. <http://www.en.qantara.de/print/4362> (14.01.2014).
- PREYSING, DOMENICA (2013): „Tunesien: Vorreiter des Aufbruchs, Vorbild des Wandels?“ In: *Araberebellions. Zur Vielfalt von Protest und Revolte im Nahen Osten und Nordafrika*. Jünemann, Annette / Zorob, Anja (Hrsg.), Wiesbaden: Springer VS, S. 43-65.

- SYDOW, CHRISTOPH (2013): „Mord and Chokri Belaid: Vier Kugeln gegen Tunesiens Demokratie“. Alsharq.de. <http://www.alsharq.de/2013/nordafrika/tunesien/mord-an-chokri-belaid-vier-kugeln-gegen-tunesiens-demokratie/> (10.01.2014).
- TORELLI, STEFANO M. (2013): „Tunisia: A New Prime Minister for Old Politics?“ *Jadaliyya*. http://www.jadaliyya.com/pages/index/15720/tunisia_a-new-prime-minister-for-old-politicsn (10.01.2014).
- WERENFELS, ISABELLE (2014): „Tunesiens Demokratisierung: Lernen aus den Katastrophen der Anderen“. SWP Stiftung für Wissenschaft und Politik. <http://www.swp-berlin.org/de/publikationen/kurz-gesagt/tunesiens-demokratisierung-lernen-aus-den-katastrophen-der-anderen.html> (03.02.2014).
- WINDISCH, SARAH (2014): „Tunesiens Frauen nach der Revolution: ‚Frauen gehen in Associations, Männer ins Café‘“. Alsharq.de. <http://www.alsharq.de/2013/nordafrika/tunesien/tunesiens-frauen-nach-der-revolution-frauen-gehen-in-associations-maenner-ins-cafe/> (10.01.2014).
- ZEMNI, SAMI (2013): „From Socio-Economic Protest to National Revolt: The Labor Origins of the Tunisian Revolution“. In: *The making of the Tunisian Revolution, contexts, architects, prospects*. Gana, Nouri (Hrsg.), Edinburgh: Edinburgh University Press, S. 127-146.

Impressum

Herausgeber

Deutsches Orient-Institut

Jägerstraße 63 D

10117 Berlin

Tel.: +49 (0)30-20 64 10 21

Fax: +49 (0)30-30 64 10 29

doi@deutsches-orient-institut.de

www.deutsches-orient-institut.de

Copyright: Deutsches Orient-Institut

Alle Rechte vorbehalten.

Es wurden keine Abbildungen, Kopien oder Übertragungen gemacht ohne Erlaubnis der Autoren.

Die DOI-Kurzanalysen geben ausschließlich die persönliche Meinung der Autoren wieder.

Autorin

Anna Fleischer

Chefredaktion

Sebastian Sons

Layout

Hui Pieng Lie

Editoren

Alexander Rüsche

Veronika Ertl

Vorstand

Vorsitzender des Vorstandes

Dr. Gerald Bumharter
General Manager ABC International Bank plc

Stellvertretende Vorsitzende des Vorstandes

Henry Hasselbarth
Vice President North & Central Europe a.D.
Emirates Airlines

Dr. Michael Lüders, Islamwissenschaftler
Mitglied des Beirates im NUMOV
Michael Lüders Nahostberatung

Helene Rang
Geschäftsführender Vorstand des NUMOV
Helene Rang & Partner

Weitere Mitglieder des Vorstandes

S.E. Ali Bin Harmal Al Dhaheri
Chairman of the Executive Board of Governors
Abu Dhabi University

Prof. Dr. Christina von Braun,
Vorsitzende des Lehrstuhls für Kulturgeschichte und Gender
Studies Humboldt Universität zu Berlin
Kulturwissenschaftliches Seminar

Elke Hoff
Mitglied des Deutschen Bundestags a.D.

Philipp Lührs, Regional Vice President
Deugro Middle East Regional Headquarters

Saffet Molvali
Eren Holding A.S.

Dr. Gunter Mulack, Botschafter a.D.
Direktor und Mitglied des Vorstandes

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hermann Parzinger
Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz

Prof. Dr. Susanne Schröter
Institut für Anthropologie / Exzellenz-Cluster
„Herausbildung normativer Ordnungen“
Goethe-Universität Frankfurt

Prof. Dr. Rainer Schwarz
Sprecher der Geschäftsführung a.D.
Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH

Dr. Rainer Seele
Vorsitzender des NUMOV,
Vorstandsvorsitzender Wintershall Holding GmbH

Kuratorium der Deutschen Orient-Stiftung

Präsident

Günter Gloser, MdB, Staatsminister a.D.
Mitglied des Deutschen Bundestags 1994 - 2013

Stellvertretender Präsident

Prof. Dr. Mathias Rohe
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-
Nürnberg, Juristische Fakultät

weitere Mitglieder des Kuratoriums

Prof. Dr. Yousef Abdul Ghaffar
Präsident der Kingdom University in Bahrain

Klaus-Uwe Benneter
HEUSSEN Rechtsanwaltsgesellschaft mbH

Dr. Wolf-Ruthart Born
Staatssekretär a.D.

Dr. Ralf Brauksiepe
Parlamentarischer Staatssekretär
Mitglied des Deutschen Bundestages

Peter Brinkmann
Journalist

Jürgen Chrobog
Staatssekretär a.D.
Mitglied des Vorstandes im NUMOV
Inhaber, The Foxhall-Group

Thomas Ellerbeck
Mitglied im Beirat des NUMOV
Mitglied des Management Board TUI AG

Prof. Dr. Friedhelm Gehrman
Steinbeis Universität Berlin
Institut "Global Consulting and Government"

Stephan Hallmann
ZDF Zweites Deutsches Fernsehen
HR Politik und Zeitgeschehen Aussenpolitik

Prof. Dr. Michael Köhler
European Commission

Nizar Maarouf
Vice Director Vivantes International Medicine

Burkhardt Müller-Sönksen
Rechtsanwalt
Mitglied des Deutschen Bundestags a.D.

Prof. Detlef Prinz
Inhaber, PrinzMedien

Dr. Nicolas Christian Raabe
Vorstand NUMOV Juniorenkreis

Gerold Reichle
Leiter der Abteilung Luft- und Raumfahrt
im Bundesministerium für Verkehr, Bau und
Stadtentwicklung

Dr. Gerhard Sabathil
Direktor für Strategie, Koordination und Analyse
Generaldirektion Außenbeziehungen Relex-L
Europäische Kommission

Prof. Dr. jur. Dr. phil. Peter Scholz
Vizepräsident Amtsgericht Tiergarten
Honorarprofessor der Freien Universität Berlin

Oltmann Siemens
Repräsentant der Weltbank a.D.

Wilhelm Staudacher
EWS
Euroconsult Wilhelm Staudacher
Chef des Bundespräsidialamts a.D.
Staatssekretär a.D.

Dr. Willi Steul
Intendant des Deutschlandradio

Juergen Stotz, Chairman
Deutsches Nationales Komitee Weltenergiemat

Serkan Tören
Mitglied des Deutschen Bundestags a.D.

RA Rainer Wietstock
PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft